KOMMENTAR
Von **Tim Braun**e zum Kinderbonus

„In Armut aufzuwachsen, bedeutet für viele Kinder unverändert, selbst lebenslänglich arm zu bleiben."

Schnelles Geld

Nach den Sommerferien überall das gleiche Bild in Deutschlands Familien: Kinder bringen eine lange Einkaufsliste mit nach Hause. Hefte, Füller, Zirkel, Taschenrechner, neue Turnschuhe für den Sport, Schlappen für den Hort. Das alles geht ins Geld. Deshalb ist es eine gute Sache, dass bald bei vielen bedürftigen Familien der Corona-Bonus der Bundesregierung auf dem Konto landet.

Nur 300 Euro? Ist das nicht läppisch? Wer so denkt, kennt die triste Lage vieler Eltern, Alleinerziehender und Kinder nicht. Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als arm. Das hat im Alltag gravierende Folgen. Eine Studie für den Paritätischen Wohlfahrtsverband kam zu dem Ergebnis, dass die ärmsten zehn Prozent der Paarhaushalte mit einem Kind um die 360 Euro im Monat für ihren Nachwuchs ausgeben können. Bei den reichsten zehn Prozent sind es 1200 Euro.

Konjunkturell gesehen dürfte er zwar keinen großen Wumms auslösen. Doch zu verachten sind über vier Milliarden als Nachfrageschub auch nicht.

Der Kinderbonus vermittelt vor allem eine richtige Botschaft: Wir sehen euch und die Nöte eurer Kinder. Da der Bonus nicht mit der Grundsicherung verrechnet wird, kommt er dort an, wo er auch hinmuss. Es muss aber deutlich mehr passieren. Eine eigenständige gesetzliche Kindergrundsicherung ist überfällig. Keine Partei sollte nach der Wahl im kommenden Jahr einen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem nicht alle Kinderleistungen gebündelt und fair berechnet worden sind.

Kinder sind kein Anhängsel ihrer Eltern. In Armut aufzuwachsen, bedeutet heute für viele Kinder leider unverändert, selbst lebenslänglich arm zu bleiben. Das kann und darf sich eines der reichsten Länder der Welt nicht leisten.

KOMMENTAR
Von **Marius Klingemann** zur Sterbehilfe

„Die Vakanz bei der Suizidassistenz bringt verschiedene Meinungen mit sich – diese wiederum Konfliktpotenzial."

Berater wider Willen?

Ein langes und gesundes Leben ist das, was sich wohl jeder wünscht. Manch einem ist dieses Glück jedoch nicht beschieden – die Umstände können vielfältiger Natur sein. Klar ist: Auch ich möchte mich in keiner Situation wiederfinden, in der eine mir nahe stehende Person den Lebensmut verliert. Zu gönnen ist solch eine Erfahrung sicherlich niemandem, sei es aktiv oder passiv. Sterbehilfe ist in diesem Zusammenhang ein besonders drastischer Schritt, der nicht umsonst gesetzlichen Regelungen unterliegt. Seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im vergangenen Februar herrscht jedoch eine gewisse Unsicherheit: Das Verbot gewerbsmäßiger Suizidassistenz wurde gekippt, eine Neuregelung des entsprechenden Strafgesetzbuch-Paragrafen 217 steht noch aus. Derartige Situationen bringen unterschiedliche Meinungsbilder mit sich – und diese bergen Konfliktpotenzial.

Als „leichtfertig" hat nun Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenhilfe, die Vorschläge des Hannoverschen Landesbischofs Ralf Meister zur Neuausrichtung der Suizidassistenz bezeichnet. Meister sprach sich für eine Beratungspflicht für Ärzte aus.

Was ist davon zu halten? Einerseits haben selbstbestimmte Menschen natürlich das Recht, sich fachlich begleiten zu lassen. Persönlich finde ich es allerdings schwierig, Medizinern die Aufgabe, jemanden aus dem Leben zu führen, gegen ihren Willen aufzubürden. Bryschs Argumente gegen eine allgemeine Beratungspflicht sind an dieser Stelle stichhaltig.

PRESSESTIMMEN

„Sinn macht eine Vier-Tage-Woche nur, wenn sie hilft, eine kurzfristige Krise zu überwinden. Sie ist aber kein geeignetes Instrument für den Strukturwandel (...). Ähnlich wie bei einer Verlängerung des Kurzarbeitergelds, für die sich Vizekanzler Olaf Scholz am Wochenende starkgemacht hat, besteht auch bei einer Arbeitszeitverkürzung die Gefahr, überkommene Strukturen zu zementieren."
„Handelsblatt", Düsseldorf, zur Vier-Tage-Woche

„Statt auf Digitalisierung setzen die Verantwortlichen weiter auf Steinzeit. Papierlisten samt händischem Eintragen diverser Adressen sind das eigentliche Problem an Bayerns Rückverfolgungspanne. (...) Wer am Sonntag von Spanien aus heimflog, wurde vor dem Einchecken oder im Flieger mit der modernen Technik konfrontiert. In Spanien ist der QR-Code selbstverständlich, das Formular wird online ausgefüllt."
„Neue Presse", Coburg, zur bayerischen Corona-Testpanne

ZITAT DES TAGES

„Wichtig für jeden Arbeitgeber ist, auf die Gesundheit seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu achten."

Anja Karliczek (CDU), Bundesbildungsministerin, mahnt, dass Lehrer aus Corona-Risikogruppen nicht unzumutbaren Belastungen ausgesetzt werden sollten.

„...ich hab' da so meine Erfahrungen..."

KARIKATUR: LUFE

GASTKOMMENTAR
Von **Stephan Richter**
Der Herausgeber des Magazin „Globalist" ist in Braunschweig aufgewachsen

„Scholz wirkt – so wie die Bundeskanzlerin – immer etwas dröge, wobei er, so wie Merkel, zu einem verschmitzten Lächeln bereit ist."

Scholz und die Ironie des Schicksals: Der beste Kanzlerkandidat der CDU

Nun hat Olaf Scholz es endlich geschafft. Er ist zum Kanzlerkandidaten gekürt worden, allerdings in der falschen Partei. Als SPD-Mann hat er so gut wie keine Chancen, den Kanzlerposten zu ergattern.

Ganz anders wäre das für Scholz als Kanzlerkandidat der CDU, zumal sich deren Suche nach einem geeigneten Kanzlerkandidaten ja eher schwierig gestaltet. Wenn Deutschland ein Land wie Großbritannien wäre – und in Olaf Scholz ein Winston Churchill steckte – dann hätte der amtierende Finanzminister schon längst die Partei gewechselt.

Das hätte sowohl auf Scholz wie auch die SPD von heute eine enorm befreiende Wirkung. Denn Olaf Scholz hat sich sein ganzes politisches Leben lang immer anstrengen müssen, hinreichend links zu tun, um bei seinen Parteigenossen anzukommen. Im Prinzip geht er den Weg der permanenten Selbstverstellung schon seit seinen Juso-Zeiten.

Dies wird von einem von Scholzens Vorgängern im Amt des Hamburger Ersten Bürgermeisters bereitwillig bestätigt. Wie schmerzlich es ist, sein bürgerlich-konservatives Naturell auszuleben, hat Olaf Scholz spätestens am 30. November 2019 auf brutale Weise erlebt, als er mit seiner Kandidatur zum SPD-Parteivorsitz scheiterte. Scholz und die CDU?Wie jeder Personalberater weiß, sollte eine Organisation, die einen neuen CEO sucht, zunächst eine abstrakte Bedarfsanalyse vornehmen. Und nicht das tun, was sich in der CDU gegenwärtig abzeichnet, nämlich das „In-House"-Kandidatentableau von Laschet, Spahn und Söder bis hin zu Merz durchzugehen.

Die Kernfrage: Welches Persönlichkeitsprofil sollte der geeignete Kandidat aufweisen? Und auch Kundenorientierung ist als Auswahlkriterium wichtig: Von welcher Persönlichkeitsstruktur träumen die Wähler der Union? Wer so vorgeht, kommt schnell ans Ziel. Kompetent, nüchtern, bescheiden, so lauten wohl die Kernattribute, die in der CDU ankommen. Und nach Merkel will die Partei, die in ihren Strukturen noch immer sehr männerlastig ist, wohl wieder einen Mann an der Spitze. Keine Rampensau, sondern eher einen versierten Politikmanager, der durch seine Vorverwendungen mit entsprechenden Leistungsnachweisen ausgestattet ist. Im Kern denkt die CDU an eine Art zweiten Helmut Schmidt.

Das Problem der Partei ist freilich, dass sie so einen Mann nicht in ihren Reihen hat. Wohl aber die SPD. Von Temperament und Kompetenz her passt Olaf Scholz ziemlich genau in das Raster, das vom Wahlvolk der CDU als bestgeeigneter Kanzlerkandidat angesehen würde. Vorteilhaft würde sich auch auswirken, dass Scholz von seinem Naturell und Politikverständnis her Angela Merkel sehr ähnelt. Er wirkt fast wie ein Bruder Merkels, was auch die große Vertraulichkeit der beiden in der Spätphase von Merkels Regentschaft erklärt.

Zudem glauben beiden nicht daran, große Reden zu schwingen und heroische Zielsetzungen vorzugeben. Das ist pragmatisch, aber das genaue Gegenteil dessen, wonach sich die SPD sehnt. Scholz, im besten und qualifiziertesten Sinn des Wortes ein Bourgeois, wirkt – so wie die Bundeskanzlerin – immer etwas dröge, wobei er, so wie Merkel, im richtigen Moment durchaus zu einem verschmitzten Lächeln bereit ist. Aber in einer – wohl eher rein theoretischen – rot-grün-roten Koalition im Bund müsste Scholz neuerliche Spagate in der Selbstverstellung unternehmen. Anders war das mit der permanenten Selbstverstellung übrigens nur zu den Zeiten, als er Hamburg, die reiche Bürgerstadt, regierte. Während dieser Jahre setzte Scholz aktiv öffentliches Geld ein, von dem es in Hamburg aufgrund des Reichtums der Stadt vergleichsweise viel gibt.

Mit einer solch üppigen finanziellen Ausstattung war es nicht schwer, gute Resultate zu erreichen, ob beim Wohnungsbau oder der vorschulischen Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund. Dennoch sind die Ergebnisse beeindruckend. Sie wären gewiss auch für die Bundesebene wünschenswert.

Im Sommer 2019 entstand dieses Foto der Bundeskanzlerin und des Finanzministers. In den Augen unseres Gastkommentators Stephan Richter haben die beiden politisch einiges gemeinsam. FOTO: KAY NIETFELD / DPA

Jetzt kommt der Kinderbonus

Familienkasse zahlt im September aus

Von Tim Braune

Berlin. Manchmal ist es von Vorteil, wenn das eigene Kind eine Null ist. Zumindest in Behördendingen. Denn wer in der jeweiligen Kindergeldnummer für den Nachwuchs die Endziffer null findet, gehört zu den glücklichen Eltern, die Anfang September den einmaligen Corona-Kinderbonus als Erste auf dem Konto haben werden. Wie das Bundesfinanzministerium auf Anfrage unserer Redaktion mitteilte, startet die Auszahlung am 7. September. Dann fließt an rund 940.000 Eltern, die 1,56 Millionen Kinder mit eben jener Endziffer null haben, zusätzlich zum Kindergeld die erste Bonusrate von 200 Euro pro Kind. Im Oktober folgt eine zweite Überweisung von 100 Euro.

Über den September verteilt schicken die Familienkassen dann den Bonus zusammen mit dem üblichen Kindergeld an jene Empfänger heraus, die die Endziffern eins bis neun haben. Letztere müssen sich bis Monatsende gedulden, bis die erste Rate auf dem Konto ist.

Insgesamt profitieren Eltern von rund 18 Millionen Kindern von dem Bonus, der Teil des Konjunkturpakets der Bundesregierung ist. Die Koalition gibt dafür rund 4,3 Milliarden Euro aus. Die Idee hatte Franziska Giffey (SPD). Die Familienministerin überzeugte Finanzminister Olaf Scholz (SPD), auch CDU und CSU waren sofort dafür, etwas für Familien und Kinder zu tun, die im Frühjahr unter den Folgen der Pandemie und des Lockdowns besonders litten.

Ökonomen sind zwar skeptisch, ob der Bonus von 300 Euro pro Kind wenigstens einen kleinen Wumms, also einen Nachfrageeffekt für die Konjunktur, auslösen wird. Giffey glaubt daran: Die einmalige Sonderzahlung komme Familien direkt zugute – „und wenn mehr Geld ausgegeben wird, dann hilft das auch kurzfristig der Konjunktur". Da der Kinderbonus nicht mit anderen Familien- oder Sozialleistungen wie zum Beispiel dem Kinderzuschlag verrechnet werde, profitierten vor allem Familien mit geringem und mittlerem Einkommen und mehreren Kindern.

80 Prozent der Kinder profitieren in voller Höhe

Besserverdiener haben vom Kinderbonus allerdings nichts. Dann wird die Leistung mit dem steuerlichen Kinderfreibetrag verrechnet. Ein Elternpaar mit drei Kindern, das eine gemeinsame Steuererklärung macht, profitiert bis zu einem zu versteuernden Einkommen von knapp 68.000 Euro in voller Höhe von dem Kinderbonus für alle drei Kinder. Bei höheren Einkommen schmilzt der Bonus stufenweise ab. Ab einem Einkommen von rund 106.000 Euro hat das Ehepaar mit drei Kindern nichts mehr vom Bonus, weil die drei Kinderfreibeträge steuerlich mehr bringen. Nach Berechnungen von Giffeys Experten werden rund 80 Prozent der Kinder die volle Entlastung durch den Bonus erhalten, 20 Prozent werden teilweise oder gar nicht entlastet.

Lob für die Zielgenauigkeit der Sozial- und Konjunkturmaßnahme kommt vom Kinderschutzbund. „Der Kinderbonus ist ein gutes Signal, insbesondere an arme Familien. Ich begrüße, dass er nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden soll und für hohe Einkommen abschmilzt", sagte Präsident Heinz Hilgers unserer Redaktion.